



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Manfred Ländner, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Andreas Lorenz, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko** und **Fraktion (CSU)**

Demokratische Debatte stärken – Klare Kante gegen Rechts und Links zeigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Extremistinnen und Extremisten versuchen, Misstrauen gegen den Staat, seine Institutionen und Entscheidungsträger zu säen.

Der Landtag appelliert an alle Demokratinnen und Demokraten, gegen extremistische Tendenzen und die Verbreitung von Fake News und Hetze zusammenzustehen, sich klar von Rechts- und Linksextremismus abzugrenzen und Positionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich zu widersprechen.

Der Landtag bekennt sich zur offenen Gesellschaft und zur liberalen Demokratie. Extremistische Ansichten dürfen nicht salonfähig gemacht werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Extremismus weiter zu stärken, im Rahmen der bewährten Strukturen die Aufklärung der Bevölkerung fortzuführen und sich weiterhin gegen populistische Falschbehauptungen von Links und Rechts deutlich abzugrenzen.

Begründung:

Verschwörungstheoretiker, Fake News, Desinformation und Hass und Hetze finden über das Internet und die sozialen Medien weite Verbreitung.

Die Bürgerinnen und Bürger werden gezielt verunsichert. Es ist daher wichtig, dass alle Demokraten zusammenstehen, um die staatliche Ordnung und ihre Institutionen zu schützen. Das Parlament als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und die Staatsregierung müssen weiterhin aktiv gegen die Bedrohungen Stellung beziehen.